







Minister Guttenberg*: *Einem verdrossenen Publikum erschien plötzlich eine Gestalt, die eine bessere, schönere Politik zu machen schien*





EVA OERTWIG/SCHROEWIG (O.L.); MICHAEL KAPPELER/DPA (O.R.); HENNING SCHACHT/ACTION PRESS (U.L.); CHRISTIAN THIEL/DER SPIEGEL (U.R.)

Schatten auf der Lichtgestalt

Verteidigungsminister Guttenberg gerät in Bedrängnis. Er konnte immer noch nicht überzeugend erklären, warum er das Bombardement von Kunduz neu bewertet und den Generalinspekteur entlassen hat. Nun steht er im Verdacht, nicht aufrichtig zu sein.

Am Donnerstag vergangener Woche sind sie sich begegnet, der Minister und der Oberst, dessen Tat den Minister ins Stolpern gebracht hat. Sie sahen sich für eine halbe Stunde am Rande einer Generalstagung in Köln.

Es war eines der pikanteren Treffen des Jahres. Oberst Georg Klein hatte am 4. September in Kunduz amerikanischen Jagdbombern den Befehl gegeben, eine Menschenansammlung rund um zwei entführte Tanklaster anzugreifen. Bis zu 140 Menschen starben, darunter viele Zivilisten.

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist deshalb in Schwierigkeiten. Er hielt den Angriff erst für angemessen, dann für unangemessen, aber nicht für so unangemessen, dass er nicht hinter Klein stehen könne, hat er gesagt.

Es ist etwas verzwickt mit den beiden, und Guttenberg wird Klein, dem es gar nicht gutgeht im Moment, erklärt haben, wie das alles zu verstehen ist.

Am nächsten Tag, am Freitag, war der Verteidigungsminister für drei Stunden bei den Soldaten in Kunduz. Diesmal trug er einen lässigen Rollkragenpullover und Khaki-Hosen, darüber einen fliesgefütterten schwarzen Blouson. Die Kleidung ist immer wichtig bei Guttenberg.

Er wirkte zufrieden und ausgeruht. Im Lummerland, einer sogenannten Betreuungseinrichtung, sprach er zehn Minuten zu Vertretern jeder Kompanie.

Es ging vor allem um den Fall Klein und die Rechtssicherheit für die Soldaten, die nun offenbar nicht mehr wissen, was sie dürfen und was nicht. Jeder sei „verantwortlich“ für sein Handeln, sagte Guttenberg, man dürfe dies jedoch nicht losgelöst sehen von der „menschlichen Seite“. Auf dem eiligen Weg zum Helikopter, die Rotorblätter drehten sich schon, stellte er sich kurz der afghanischen Presse. Was er gelernt habe aus der Tanklaster-Affäre, für sich, für sein Haus, über Afghanistan? Er sagte: „Der Verteidigungsausschuss muss aufklären. Ich war damals nicht in der Verantwortung. Ich habe selbst Interesse daran, alles zu erfahren, auch wie die Informationsstränge liefen im Ministerium und ob es hier möglicherweise Mängel gegeben hat.“

Er sprach gerade so, als wäre er nur Beobachter, als ginge es gar nicht um ihn.

Aber es geht um ihn. Die Kritik an Guttenberg wächst, und das ist mehr als die Kritik an einem Verteidigungsminister. Es geht um die Lichtgestalt der deutschen Politik. Noch ist sie nicht erloschen, aber sie verdunkelt sich allmählich.

Am Mittwoch konstituiert sich der Verteidigungsausschuss des Bundestags als Untersuchungsausschuss. Das Gremium soll zwar vorrangig klären, was bei Kunduz am 4. September wirklich passiert ist. Doch die Opposition wird die Gelegenheit dazu nutzen, Guttenbergs Rolle bei der Aufarbeitung zu hinterfragen. Es geht dabei vor



MASSOUD HOSSAINI / AFP

Bombardierter Tanklaster bei Kunduz
Das Fahrzeug treffen oder die Menschen?

* Oben: mit Ehefrau Stephanie bei den Bayreuther Festspielen am 25. Juli, mit Bundeswehrsoldaten auf dem Flug nach Afghanistan am 12. November; unten: beim Zapfenstreich für den zurückgetretenen Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan am 3. Dezember in Berlin, auf der Regierungsbank im Bundestag am 26. November.

allem um verschiedene Untersuchungsberichte zu dem Bombenabwurf, unter anderem von der Nato und von deutschen Feldjägern.

„Die Zusage, dass wir umfassend informiert werden, wurde nicht eingehalten“, stichelt Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, schon jetzt. „Der Nato-Bericht ist deutlich genug, um die Nichtangemessenheit des Angriffs festzustellen, sagt der Verteidigungsexperte der Grünen, Omid Nouripour. „Guttenberg muss dem Ausschuss erklären, warum er das nicht gemerkt hat.“ Und die Linksfraktion fordert schon Guttenbergs Rücktritt.

Es kommt jetzt darauf an, wie gut Guttenbergs Antworten auf ein paar Fragen zu seinem Meinungswandel im Fall Klein sind. Es spricht nichts gegen eine Korrektur, das Eingeständnis eines Irrtums. Das Entscheidende, das Zweifelhafte ist Guttenbergs Begründung, er habe nicht alle Berichte über die Bombardierung gekannt. Einige Berichte seien ihm vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, und vom Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Wichert, vorenthalten worden, selbst auf Nachfrage. Beide mussten deshalb abtreten.

Darum geht es jetzt vor allem, um Zweifel an dieser Begründung. Haben nicht schon die Unterlagen, die Guttenberg kannte, ausgereicht, um den Einsatz falsch zu finden? Und wie sind die Gespräche zwischen Schneiderhan, Wichert und Guttenberg abgelaufen?

Guttenberg hat seine Version geliefert. Sie wird aus dem Umfeld Schneiderhans bestritten. Es könnte zu einem Prozess kommen.

Es geht also um die Frage, wie aufrichtig Guttenberg in dieser Sache ist. Und diese Frage berührt das Verhältnis der Deutschen zur Demokratie. Denn Guttenberg ist zur Lichtgestalt der Politik geworden, weil er als ungewöhnlich aufrichtig gilt, als gerader Typ, der sagt, was er denkt, und meint, was er sagt.

Er kam als Zauberer in die deutsche Politik. Am 10. Februar wurde er Wirtschaftsminister und schoss bald hoch zum beliebtesten Politiker des Landes. Bei der Bundestagswahl im September holte er das bundesweit beste Erststimmenergebnis, 68,1 Prozent. Einem verdrossenen Publikum erschien plötzlich jemand, der eine bessere, schönere Politik zu machen schien. Guttenberg wurde vom Menschen zum Phänomen. Doch nun läuft die Entzauberung des Zauberers.

Das passiert ausgerechnet vor dem Hintergrund eines Krieges, eines für Deutschland so ungeheuer heiklen Themas, noch immer.

Erst mussten die Bürger erleben, dass das bundesdeutsche Bestreben, auch im Krieg eine saubere, gute Nation zu sein, gescheitert ist. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zweifelt schon länger an der Angemessenheit des Bombenabwurfs.

Die Bürger müssen zudem erleben, dass genau das passiert, was im Krieg immer passiert: Die Wahrheit soll nicht ans Licht,

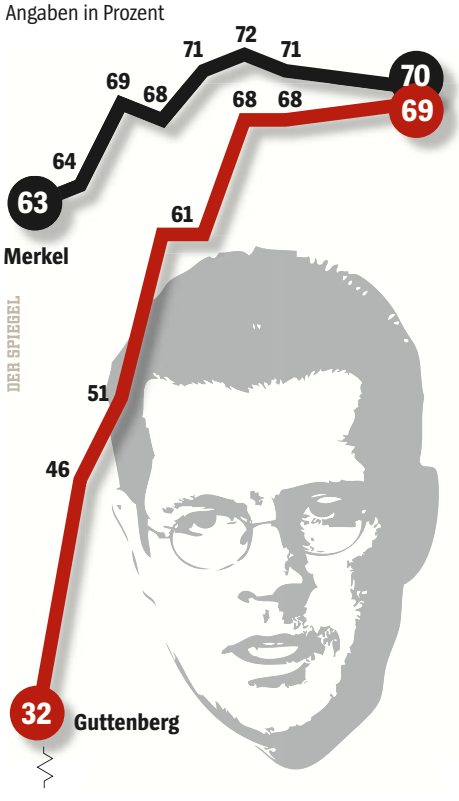


Bundeswehrsoldaten in der Nähe von Kunduz, Truppenbesucher Guttenberg vergangene Woche

Aufsteiger 2009

„Sind Sie mit der politischen Arbeit von Karl-Theodor zu Guttenberg und Angela Merkel…?“

Antwort: **sehr zufrieden / zufrieden**
Angaben in Prozent



Infratest dimap; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: weniger zufrieden / gar nicht zufrieden, kenne ich nicht

jedenfalls nicht in ihrer gesamten Dimension und höchstens scheibchenweise.

Noch immer ist die Frage nicht beantwortet, warum sich Guttenberg zunächst so entschieden hinter Klein gestellt hat. Er kannte den Nato-Bericht, der in der Verantwortung von Isaf-Kommandeur Stanley McChrystal erstellt wurde. Und je mehr von diesem Bericht bekannt wird, desto rätselhafter erscheint es, wie er zu der Einschätzung kommen konnte, Klein habe angemessen gehandelt. In dem Bericht drückt die Nato-Untersuchungskommission nach SPIEGEL-Informationen ihre Zweifel an der Angemessenheit des Bombardements noch deutlicher aus als bisher bekannt.

In dem Nato-Bericht steht, dass Oberst Klein, damals der Kommandeur des sogenannten PRT-Wiederaufbauteams in Kunduz, weniger die Tanklaster treffen wollte, sondern vorrangig die Menschen, die sich in der Nähe aufhielten.

„Es ist schwer zu ergründen, warum der Fokus des PRT-Kommandeurs (Klein) auf die Taliban in dem Zielgebiet gerichtet war und nicht allein auf die gestohlenen Tanklaster, die doch wohl die größte Bedrohung waren für die Sicherheit der PRT-Kräfte.“ Als die Piloten der F-15 um 1.28 Uhr berichten, dass eine große Gruppe von Menschen über die Sandbank Richtung Norden renne, forderten laut Nato-Bericht die Deutschen eine schnelle Bombardierung der Flüchtenden. „Understand the Target ist now time sensitive“, signalisierte Kleins Fliegerleitoffizier den Piloten – das Ziel sei nun zeitkritisch. Beeilung also.

Die Piloten fragten, um jeden Irrtum auszuschließen: „Sollen wir die Fahrzeuge treffen oder die Menschen?“ Der Fliegerleitoffizier bestätigte: Die Menschen sollten getötet werden.

Guttenberg hingegen betonte auf der Pressekonferenz am 6. November die potentielle Gefahr, die von den festgefahre-





MICHAEL KAPPELER / DDP (L.); MARCUS ROTT / REUTERS (R.)

in Afghanistan: *„Der Verteidigungsausschuss muss aufklären – ich habe selbst Interesse daran, alles zu erfahren“*

nen Tanklastern hätte ausgehen können. Die Lkw hätten schließlich innerhalb weniger Minuten wieder freikommen und als rollende Bomben genutzt werden können. Und selbst in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung am 30. November, da lag ihm der Bericht schon fast vier Wochen vor, sagte er noch: „Eine erste Sichtung der Berichte zeigt, dass sich insbesondere folgende Fragen stellen: Hätte es zum Luftschlag gegen die Tanklaster kommen müssen?“ Da hätte er schon wissen müssen, dass der Luftschlag nicht gegen Tanker, sondern gegen Menschen gerichtet war.

Dem Bericht ist auch das wenig beruhigende Detail zu entnehmen, dass weder Klein noch seine Leute direkten Kontakt zu ihrem Informanten in der Nähe des Geschehens hatten. Die afghanische Quelle sprach lediglich mit einem Übersetzer, der wiederum an die deutschen Soldaten berichtete. Jener Übersetzer will vor dem Angriff auch an Kleins Leute berichtet haben, dass einer der Lkw-Fahrer umgebracht wurde, der andere aber noch lebt. Dies gab er am 25. September dem Nato-Untersuchungsteam zu Protokoll. Mit diesem Hinweis hätten Klein und seine Leute nicht nur fahrlässig, sondern auch vorsätzlich das Leben von zumindest einem Zivilisten aufs Spiel gesetzt. Guttenberg, selbst Jurist, hätte sich dies erschließen können. Den deutschen Soldaten in Kunduz jedenfalls war die juristische Brisanz ihrer Handlung offenbar klar. Aus Angst vor Ermittlungen der deutschen Staatsanwaltschaft weigerte sich einer der Soldaten sogar, als militärischer Zeuge vor der Nato zu erscheinen und auszusagen.

Von den Piloten nach dem Verbleib der Fahrer gefragt, behauptete der deutsche Fliegerleitoffizier in der Nacht allerdings, er habe keine Informationen darüber.

Zudem ist auf den knapp 70 Seiten zu lesen, dass die amerikanischen Piloten zweimal nachfragten, ob die eigenen Truppen Feindberührung hätten. Sie hörten die Bestätigung: „confirmed“. In Wahrheit waren aber keine Truppen aus dem Feldlager in Kunduz ausgerückt, um die Lage im Flussbett zu erkunden.

Guttenberg hätte ebenso stutzig werden müssen, als er im Nato-Bericht detailliert nachlesen konnte, dass die gesamte Operation aus dem abgeschirmten Befehlsstand

ER HATTE DIESES RUHIGE, WÜRDIGE AUFTRETEN, DIESE NACHDENKLICHE ART.

der deutschen „Task Force 47“ geführt wurde, einer Sondertruppe, die gut zur Hälfte aus Elitekräften des Kommandos Spezialkräfte (KSK) und Aufklärern der Bundeswehr besteht. Auch wenn tatsächlich nur ein KSK-Mann bei der Aufklärung und dem Bombenbefehl präsent war, weist die Nato der Beteiligung der Einheit eine erhebliche Bedeutung bei.

An einer Stelle beschäftigt sich der Bericht erneut mit der Frage, wie Klein eigentlich statt auf die Tanker auf die Menschen abzielte. „Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass die Mission hauptsächlich von der TF-47 initiiert und ermöglicht wurde.“ Spätestens da müsste selbst der im Militär-Slang noch unerfahrene Minister seine Leute gefragt haben, was hinter der mysteriösen Gruppe eigentlich steckt.

Wer den Nato-Bericht sorgfältig liest, muss den Eindruck gewinnen, dass Klein die Taliban ausschalten wollte und dass ihm gravierende Fehler bei der Einschätzung der Lage unterlaufen sind. Das hätte Guttenberg nach Lektüre klar sein müssen. Auch bei einem Minister, der erst eine Woche im Amt ist, hätten durchaus Zweifel aufkommen können, ob Oberst Klein am 4. September in Kunduz die richtige Entscheidung getroffen hat. Je mehr Details aus dem Nato-Bericht bekanntwerden, desto erstaunlicher erscheint es, dass Guttenberg sich am 6. November auf einer Pressekonferenz in Berlin so entschieden hinter Oberst Klein gestellt hat. Er sagte sogar, „selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zu dem Luftschlag kommen müssen“.

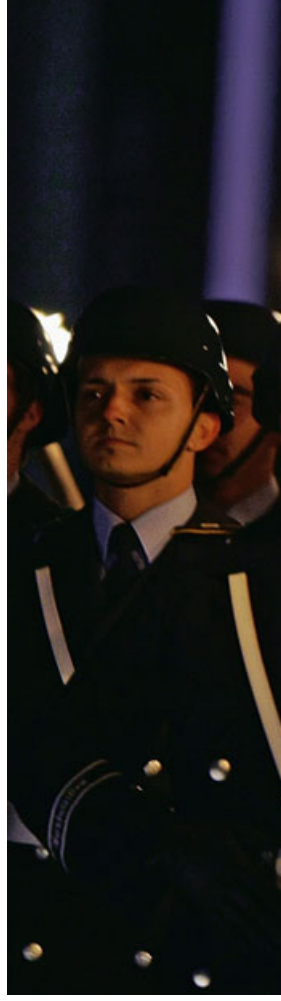
Inzwischen kennt Guttenberg offenbar alle wichtigen Dokumente – auch die zweiseitige Meldung, die Oberst Klein am 5. September an den Generalinspekteur geschickt hat. Darin schreibt Klein: „Am 4. September um 1.51 Uhr entschloss ich mich, zwei am Abend des 3. September entführte Tanklastwagen sowie an den Fahrzeugen befindliche INS (Insurgents, zu Deutsch: Aufständische) durch den Einsatz von Luftstreitkräften zu vernichten.“ Er sei gegen null Uhr geweckt worden und in den Befehlsstand der Task Force 47 gegangen. Aus den Bildern der Jagdbomberpiloten habe er geschlossen, dass die Anwesenheit von Unbeteiligten sehr unwahrscheinlich sei. Das Bombardement habe er befohlen, „um Gefahren für meine Soldaten frühzeitig abzuwenden und andererseits mit höchster Wahrscheinlichkeit nur Feinde des Wiederaufbaus zu treffen“.

Dieser Bericht scheint Guttenberg umgestimmt zu haben. Das Bombardement sei „aus heutiger Sicht militärisch nicht angemessen“ gewesen, sagte der Minister am 3. Dezember im Bundestag. Er tat das so überzeugend, dass sich eine Abgeordnete der Grünen für seine Offenheit bedankte.

Es ist allerdings unverständlich, warum Guttenberg behauptete, erst andere Berichte hätten ihm die Augen geöffnet. Die Unangemessenheit von Kleins Befehl ging aus den Unterlagen, die er schon bei seinem ersten Statement kannte, eindeutig hervor.







US-General McChrystal (M.)*, afghanische Bombenopfer, Bundeswehrsoldaten beim Abschied von

Nun sieht es sogar so aus, als habe er Sündenböcke gesucht, um vom eigenen Irrtum abzulenken. Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert, behauptet Guttenberg, hätten ihm die entscheidenden Berichte vorenthalten. Die erklären hingegen, dass alle wesentlichen Informationen aus diesen Berichten in den Nato-Bericht eingeflossen seien. Strittig ist vor allem die Frage, wie sie sich verhalten haben, als Guttenberg sie nach weiteren Berichten gefragt hat. Es geht dabei um zwei Gespräche.

Es ist Mittwoch, der 25. November, gegen 14.30 Uhr. Für die folgenden Stunden gibt es zwei Versionen. Die aus dem Umfeld Guttenbergs geht so: Der Minister hat gerade von der „Bild“-Zeitung den Hinweis bekommen, dass noch ein weiterer Bericht über die Bombardierung existiere, ein Bericht der deutschen Feldjäger in Kunduz. Er zitiert Schneiderhan und Wichert zu sich.

Ob es noch mehr Berichte gebe, will Guttenberg wissen. Nein, sagen die beiden. Wirklich nicht?, fragt Guttenberg. Wirklich nicht. Dreimal noch fragt Guttenberg. Als beide weiter leugnen, entlässt er sie.

Dagegen steht die Version, die das Umfeld von Schneiderhan und Wichert erzählt. Zwar habe Guttenberg tatsächlich gefragt, ob es weitere Berichte gebe. Schneiderhans Antwort sei allerdings gewesen: Ja, die gebe es. Schneiderhan zählt drei Papiere auf: eine zweiseitige Meldung von Oberst Klein, einen Feldjägerbericht und den Bericht eines deutschen Obersts, der bei dem Initial-Action-Untersuchungsteam dabei gewesen ist.

Staatssekretär Wichert ergänzt die Liste um den Bericht des Internationalen Roten Kreuzes. Guttenberg weist Schneiderhan und Wichert an, die Berichte zu sammeln und vorzulegen. Um 17 Uhr ist der Auftrag erfüllt. In dem folgenden Gespräch bietet Schneiderhan seinen Rücktritt an. Was ihn dazu bewogen hat, ist nicht bekannt.

Guttenberg hat den Rauswurf der beiden Männer intern mit deren angeblichen Lügen begründet. Stimmt die Version aus dem Lager Schneiderhan/Wichert, hätte Guttenberg die Öffentlichkeit belogen. Für Guttenberg und die ganze Regierung wäre das unangenehm.

Guttenberg hat weder seine Zustimmung zu Kleins Handeln noch seine Kehrtwende mit Angela Merkel abgestimmt. Es sind Sätze, die er allein verantworten muss.

Aber den gesamten Umgang mit dem Bombardement muss Merkel verantworten. Als es passiert ist, war Franz Josef Jung (CDU) Verteidigungsminister. Er stritt ab, dass es zivile Opfer gegeben habe, als es schon viele Hinweise darauf gab. Er hat die Verantwortung für die „interne Informationspolitik“ übernommen und ist jüngst zurückgetreten. Inzwischen war er Arbeitsminister.

Beim Wahlkampfauftakt der CDU in Düsseldorf am 6. September musste Jung erst gedrängt werden, ein paar Sätze zu sagen, dann sprach er so ungeschickt, dass Merkel fand, sie müsse eingreifen. Es war Wahlkampf, sie sah ihr schönes Amt bedroht. Auf dem Rückflug nach Berlin entschied sie sich im Gespräch mit dem damaligen CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, eine Regierungserklärung vor dem Bundestag abzugeben. Sie versprach die „lückenlose Aufklärung des Vorfalls“ und sagte: „Ich stehe dafür ein, dass wir nichts beschönigen werden.“ Bislang ist aber beschönigt worden, heftig sogar. Wie steht Merkel nun dafür ein?

WIRD DER ZAUBERER ENTZAUBERT, UND WELCHE FOLGEN HAT DAS FÜR DIE POLITIK?

In Wahrheit hat sie sich nicht mehr um diese Sache gekümmert. Sie hat vom Kanzleramt einen Vermerk bekommen, der das Bombardement skeptisch beurteilte. Doch sie hat den Luftschlag nicht zur Chefsache gemacht, obwohl der gute Ruf der Bundesrepublik auf dem Spiel steht.

Afghanistan ist ein Thema, das Merkel gern ihren Verteidigungsministern überlässt. Lorbeeren sind nicht zu erwarten, nur Schwierigkeiten. Fast 70 Prozent der Deutschen sind gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Eigentlich sah es nach einem klugen Schachzug aus, ihrem populärsten Minister das unpopuläre Gebiet zu überlassen. Nun könnte es ein Irrtum gewesen sein, weil Guttenberg nicht der Mann ist, der er zu sein schien.

Karl-Theodor zu Guttenberg ist sehr schnell aufgestiegen. Vom einfachen Abgeordneten wurde er, nach einem kurzen Intermezzo als Generalsekretär der CSU, Wirtschaftsminister. Er schlug sofort ein. Er hatte dieses ruhige, würdige Auftreten, diese nachdenkliche Art, und er wusste, mit welchen Worten und Themen er seine Gesprächspartner erreichen kann. Man vermutete dahinter die Sicherheit eines alten Adelsgeschlechts und die Sicherheit des Geldes.

Und dann tat er etwas, das ihn zum Helden machte.

Am Freitag, dem 29. Mai, kurz vor halb acht Uhr abends, betritt zu Guttenberg den kleinen Kabinettssaal im sechsten Stock des Kanzleramts. Er kommt spät. In kleiner Runde soll es um Opel gehen. Guttenberg ist für eine „geordnete Insolvenz“, die anderen Politiker sind für den Verkauf an einen Investor mit hohen Staatsbürgschaften.

Merkel unterbricht die Verhandlung. Die Unionsvertreter ziehen sich zurück und machen Guttenberg klar: Alle, auch die Kanzlerin, wollen Opel retten. Guttenberg

* Mit Oberst Georg Klein (l.).



ANJA NIEDRINGHAUS / AP (L.O.); MANISH SWARUP / AP (L.U.); ANDREAS RENTZ / GETTY IMAGES (R.)

Generalinspekteur Schneiderhan vergangene Woche in Berlin: *Muss ein Gericht klären, wer gelogen hat?*

wehrt sich ein letztes Mal. Er könne eine solche Entscheidung nicht mittragen, sagt er. Er stellt das Wort „Rücktritt“ in den Raum.

Merkel redet auf Guttenberg ein. Sie sagt, er müsse das Rettungskonzept jetzt mittragen, dürfe aber später seine abweichende Meinung öffentlich vertreten. Es klingt wie ein Kompromissangebot, aber im Kern läuft es auf Guttenbergs politische Entmannung hinaus: Die anderen dürfen entscheiden, er darf weiter nörgeln.

Doch dann passiert das Unerwartete: Guttenberg willigt ein. Er tritt nicht zurück. Er macht einfach weiter.

Die Geschichte von Guttenbergs Beinahe-Rücktritt ist in Politikerkreisen seither oft erzählt worden, und je länger sie zurückliegt, desto unglaublicher kommt sie den Beteiligten vor. Nach den normalen Regeln des Politikbetriebs hätte der Wirtschaftsminister erledigt sein müssen. Guttenberg, ist das nicht der Mann, der sich ins politische Aus gestellt hat, aber dann nicht den Mumm aufbrachte, die Konsequenz aus seinem Scheitern zu ziehen?

Ein Spitzenvertreter der CSU sagte kürzlich im kleinen Kreis, er fühle sich an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern erinnert. Der hochgelobte Guttenberg stehe bei Lichte betrachtet ziemlich nackt da.

Was aber weiterhin wirkte, war die Aura. Wenn Guttenberg im Wahlkampf redete, rasten die Leute. Seit Helmut Kohl habe er so etwas nicht mehr erlebt, sagte der örtliche CDU-Abgeordnete in Minden nach einer Rede.

Doch die Euphorie der Zuschauer stand in einem merkwürdigen Kontrast zu dem, was er tatsächlich sagte. Seine Reden handelten von namenlosen Duckmäusern und einem Aufrechten. Das war er selbst.

Guttenberg über Guttenberg, das war die Geschichte eines Unbeugsamen, der sich „ein hohes Maß an Unabhängigkeit im Handeln und Geiste“ bewahren wollte, das war die Geschichte eines Unbequemen, der Schelte bekam, weil er es wagte, auf gewisse Dinge hinzuweisen, das war die Geschichte eines Unermüdlichen, der anders als viele andere bis zum letzten Tag seiner Wahlkampfarbeit nachging.

„Ich werde mir den Mund nicht verbieten lassen“, war einer der Sätze, die in fast jeder Rede vorkamen. Allerdings hatte niemand versucht, ihm den Mund zu verbieten.

Er sagte ja nichts, woran irgendjemand hätte Anstoß nehmen müssen. Er werde es sich nicht verbieten lassen, von Zuversicht zu sprechen, lautete einer der mutigen Sätze. Er wage es, darauf hinzuweisen, dass „wir in schwierigen Zeiten zu außergewöhnlichen Leistungen fähig sind“, lautete ein anderer.

Bei Vier-Augen-Gesprächen zwischen seinen Auftritten beklagte sich Guttenberg, dass seine Gastgeber immer über sein Äußeres redeten. Tatsächlich erwähnten die meisten Abgeordneten in ihrer Begrüßung, dass der Minister zum Politiker mit dem meisten Sex-Appeal gewählt worden sei. Das sei ihm unangenehm, sagte Guttenberg. Es könne ihn in ein falsches Licht rücken.

Einmal war es anders. Bei einem Auftritt in Bochum sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert nichts davon, dass Guttenberg als sexy gelte. Das übernahm dieser selbst. Sein Bundestagskollege Steffen Kampeter müsse sich nur den Bart abrasieren, „dann würde das Attribut sexy endlich von mir genommen“, sagte Guttenberg. Es war ein koketter Versuch, die eigene Ausstrahlung ins Spiel zu bringen, weil Lammert es nicht getan hatte.

Auch als Verteidigungsminister sorgte er zunächst für Begeisterung. Bei seinem Antrittsbesuch in Washington im November bat er die mitreisenden Journalisten spätabends zu einem Hintergrundgespräch ins Hotel. Guttenberg, demonstrativ fit, den Anzug gegen einen Pullover getauscht, begrüßte die Anwesenden, als wäre das Frage-Antwort-Spiel endlich der Beginn seines Feierabends.

Er schnappte sich zwei Flaschen Bier und versuchte, die eine Flasche mit der anderen zu öffnen. Das gelang zwar nicht, er musste ein Feuerzeug bemühen, aber das Bier bot er zunächst den Journalisten an. Bei den meisten Politikern hätte dieses

Verhalten anbiedernd gewirkt. Guttenberg gewinnt so Sympathie.

Es war ja auch eine Verbesserung gegenüber seinem Vorgänger Jung, der das Wort „Krieg“ ängstlich gemieden hatte. Guttenberg sprach von „kriegsähnlichen Zuständen“ – kein Durchbruch, aber ein Fortschritt. Erst am vergangenen Donnerstag ist es ihm wieder gelungen, sein Publikum zu verzaubern. Guttenberg hatte sämtliche Generäle der Bundeswehr nach Köln ins Heeresamt bestellt, rund 120 Männer mit goldenen Sternen auf der Schulter, viele von ihnen dem rausgeworfenen Generalinspekteur Schneiderhan treu verbunden. Doch als sich Guttenberg mit großer Geste hinter Oberst Klein stellt, sind sie begeistert. „Ich werde Oberst Klein nicht fallen lassen“, hatte er pathetisch vor dem Parlament gesagt. Und er wiederholt es seitdem bei jeder Gelegenheit. Dabei hat er genau das getan: Oberst Klein fallen gelassen – indem er den Luftschlag von Kunduz, zu Recht, als militärisch nicht angemessen bezeichnete.

Auf den Fluren des Verteidigungsministeriums drückten das und die Entlassungen von Wichert und Schneiderhan aufs Gemüt der Militärs.

Während Schneiderhan in seinem Büro Unterlagen sortierte und in seinen Schränken nach Butterdose und Feldflasche suchte, die er samt Uniform und Waffen bis Ende des Jahres zurückgeben muss, klagten viele über „diese Ungerechtigkeit“. Sie meinen den Rauswurf Schneiderhans, den sie für eine Intrige halten. Den Fehler habe schließlich nicht der Generalinspekteur gemacht, sondern der Minister. Einem Adjutanten standen in der vergangenen Woche Tränen der Wut in den Augen.

„Das ist der Anfang vom Ende des Herrn Guttenberg“, sagte ein hochrangiger Offizier am 3. Dezember, als Schneiderhan und Wichert verabschiedet wurden. „Der ist schon unten durch, bevor er richtig angefangen hat.“

Der Anfang vom Ende des Rudolf Scharping als Verteidigungsminister war, als die Truppe und die Generalität den Eindruck hatten, dass dieser im Streit um die neue Struktur der Bundeswehr den damaligen Generalinspekteur Hans-Peter Kirchbach zum Sündenbock machte und hinauswarf. Als er dann noch mit seiner neuen Freundin im Pool planschte, während seine Soldaten mit einer neuen Mission auf den Balkan geschickt wurden, da war dessen Ansehen endgültig ruiniert. Und Scharping als Verteidigungsminister auch. Der Apparat vergisst nicht. Kein anderes Ministerium verfügt über vergleichbare Möglichkeiten, einem missliebigen Minister jederzeit einen Sprengsatz unter den Chefsessel zu legen. Es geht um Krieg, um Rüstungsgüter, um Fragen der Ehre – da ist immer eine heikle Angelegenheit dabei.

Im Verteidigungsministerium gehen die Minister öfter unfreiwillig, immer wieder geraten sie unter Beschuss, straucheln über Affären, werden beschädigt oder nehmen den Hut. Georg Leber wusste nichts von den ungesetzlichen Abhöraktionen seines Militärischen Abschirmdienstes und demissionierte. Manfred Wörner glaubte dubiosen Gerüchten über den angeblich schwulen General Günter Kießling und verlor gänzlich an Ansehen. Gerhard Stoltenberg trat zurück, weil im Apparat jemand den Beschluss nicht umgesetzt hatte, die Lieferung von Panzern in die Türkei zu stoppen.



REUTERS

Kanzlerin Merkel: *„Ich stehe dafür ein, dass wir nichts beschönigen“*

Mit einem Wort: Dieses Haus verlässt ein Minister häufig als Gescheiterter oder zur Strecke Gebrachter.

Deshalb sitzt Guttenberg nun auf ziemlich vielen Pulverfässern: seinem Ministerium, dem Untersuchungsausschuss und einem möglichen Prozess um die Frage, wer im Gespräch mit Wichert und Schneiderhan was gesagt hat.

Er hat es immer gewusst. Er hat oft gesagt, dass auch schlechtere Zeiten kommen, aber er dachte an einen gleichsam natürlichen Medienrhythmus, dass einer, der hochgeschrieben wird, bald runtergeschrieben wird. Er dachte nicht daran, dass es gerechtfertigte Kritik an seiner Arbeit geben könnte.

Wer Guttenberg in seinen zehn Ministermonaten regelmäßig getroffen hat, sah zunächst einen Mann, der überrascht war von seiner Wirkung. Bald kam der Genuss hinzu. Das Wort „anders“ wurde zur Quelle dieses Genusses. Ihm wurde bescheinigt, anders zu sein als andere Politiker, eine andere Politik zu machen. Er wunderte sich, dass andere Politiker nicht so schön anders sein wollen wie er. Anders hieß immer „besser“.

Guttenberg fing an, seine Freude an seiner Beliebtheit zu zeigen. Er ließ sich in Starpose auf dem Times Square in New York fotografieren, er ließ sich in einem Berliner Park auf einem Dinosauriermodell ablichten. Er stand da wie der siegreiche Siegfried, seine Frau hockte zu seinen Füßen und himmelte ihn an.

Das Foto macht seine Frau lächerlich, Guttenberg selbst und sein Amt. Was ist von einem Politiker zu halten, der das tut?

Die Lichtgestalt blendet immer, das liegt in ihrer Natur. Sie strahlt so schön, dass einem das Problematische zunächst nicht auffällt. Die Öffentlichkeit ist so ausgehungert nach dem Erlöser in der Politik, dass sie das Ungewöhnliche allzu gern feiert. So ist es mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama, so ist es nun mit Guttenberg.

Das muss die erste Lehre aus dem Fall Guttenberg sein. Politik ist so komplex, so schwierig, so gespickt mit Fallen, dass niemand auf Dauer glanzvoll dastehen kann. Es ist der etwas traurige Triumph der vorsichtigen, undeutlichen Pragmatiker wie Angela Merkel.

Gegenüber Lichtgestalten bleibt vor allem Misstrauen. Denn die Enttäuschung über einen vermeintlichen Erlöser ist schlimmer als die vergebliche Hoffnung auf einen Erlöser.

Vom Phänomen Guttenberg ist der Mensch geblieben. Hinter dem Blendwerk sind Schwächen aufgetaucht, auch er ist aus krummem Holz geschnitzt. Eine Kehrseite von Guttenbergs Fähigkeit zum makellosen Auftritt ist der große, vielleicht überbordende Wunsch nach dem makellosen Auftritt. Er will immer gutaussehen. Das könnte ein Grund sein, warum er seine Kehrtwende im Fall Klein so dubios erklärt hat. Schuld sind nur andere.

Am Donnerstagabend vergangener Woche, kurz vor Beginn der Talkshow von Maybrit Illner, reden die Gäste über Trimmfahrräder. Guttenberg erzählt, in seinem Büro stehe noch das von Jung, er komme damit aber nicht richtig klar, es sei nicht auf seine Bein- und Armlänge eingestellt. Während Guttenberg zur Untermalung ungelenke Bewegungen mit seinen Gliedmaßen macht, entfährt es neben ihm dem Publizisten Jürgen Todenhöfer trocken: „Ach so, wenn dann demnächst in der Zeitung steht: ‚Guttenberg gestürzt‘, dann kann das auch ganze andere Gründe haben.“

Ulrike Demmer, Matthias Gebauer, John Goetz, Susanne Koelbl, Dirk Kurbjuweit, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Christoph Schwennicke